

Juso-Hochschulgruppe Würzburg

per Email
Bernhard Brück
bernhard.brueck@uni-wuerzburg.de

(Vorsitzender Studentischer Konvent)

Michael Kick
Michel Reitmair
Indra Wachendorf
Semmelstraße 46r
97070 Würzburg
info@jusos-uni-wuerzburg.de

Würzburg, den 15. Oktober 2015

Antrag: Öffnung der Hochschule für Geflüchtete!

In den vergangenen Monaten stieg die Zahl der Geflüchteten in Deutschland und Europa stark an. Die Krisenherde an den Außengrenzen der EU und in vielen afrikanischen Staaten haben sich verschärft und zwingen mehrere Millionen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, der Parlamente und Institutionen sowie der europäischen Gesellschaft die Menschenrechte der Vertriebenen zu wahren.

Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl. Dies ist ein äußerst wichtiges Recht und in Hinsicht auf die menschenunwürdigen Umstände, in welchen sich viele Menschen in ihrem Heimatland befinden, ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Oft herrschen in diesen Ländern Bürger*innenkriege, Hungersnöte, Gewalt, Korruption und Unterdrückung. Um all dem zu entfliehen begeben sich die Menschen auf eine beschwerliche und auch gefährliche Reise ins Ungewisse. Diese wird zusätzlich von hohen Fluchtkosten für Transport und Versorgung belastet, welche bei der wirtschaftlichen Situation unmöglich von den Betroffenen gestemmt werden können. Aus diesen Gründen müssen bei der Flucht Familienmitglieder zurück gelassen werden oder werden durch die Flucht von ihren Angehörigen getrennt. Deshalb ist es unsere humanitäre Pflicht diesen Menschen Asyl zu gewähren. Vor allem weil Europa nach seiner kolonialen Geschichte, gescheiterten Interventionen in jüngerer Vergangenheit und massiven Waffenlieferungen mit die Hauptschuld am Leid der Geflüchteten trägt. Zurzeit werden leider vollkommen unbegründete Ängste und Befürchtungen bei der deutschen Bevölkerung geschürt, um sich dieser Verantwortung zu entziehen. Es wird behauptet Deutschland werde mit den ankommenden Geflüchteten nicht fertig, was allerdings unbegründet, absurd und einfach falsch ist. Diesen haltlosen Behauptungen darf kein Platz in einer menschenwürdigen politischen Debatte gelassen werden. Wichtig ist daher eine gelungene Integration statt eine hysterische Absonderungspolitik.

Seit 2012 wütet ein brutaler Bürger*innenkrieg in Syrien, welcher aus den Protesten des arabischen Frühlings hervorgegangen ist. Das diktatorische und skrupellose Assad-Regime auf der einen Seite, der terroristische und blutrünstige Islamische Staat auf der anderen Seite und dazwischen Millionen von unschuldigen Syrer*innen. Dass ein menschenwürdiges Leben in den Kriegsgebieten in Syrien und Irak nicht möglich ist, sollte eigentlich offensichtlich sein. Den Menschen bleibt keine andere Wahl, als vor Tod und Gewalt zu fliehen. Dies geschieht zunächst einmal in die Nachbarstaaten, wie beispielsweise Jordanien oder Libanon. Die Aufnahmelager dort sind hoffnungslos überfüllt und Hun-

ger und Elend sind auch dort weit verbreitet. Die Staaten sind überfordert und die Welthungerhilfe der UN kürzt mangels Finanzmittel ständig die Hilfen. Mehr finanzielle Beteiligung seitens der Industrienationen wie Deutschland oder der USA - Fehlanzeige.

Wer das große Glück hat aus den Zeltlagern zu kommen, findet jedoch keine legalen Wege in die EU. Eine lebensgefährliche und kostenintensive Reise über das Mittelmeer oder über die Zäune der Balkanroute ist die einzige Möglichkeit. Dies führt natürlich auch dazu, dass es nur die privilegierteren, reicheren und gesündesten Menschen überhaupt nach Europa schaffen. Viele bleiben zurück oder kommen auf ihrer Flucht ums Leben.

Die Konflikte in Syrien und im Irak werden so schnell nicht zu lösen sein, vor allem nicht mit militärischem Eingreifen. Deshalb ist jetzt humanitäre Hilfe in den Nachbarstaaten und in der EU gefragte.

Seitdem die Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten nach §29a AsylVfG eingestuft werden, ist es fast unmöglich als Geflüchtete*r aus diesen Ländern in Deutschland Asyl zu erlangen.

Der Begriff "Wirtschaftsflüchtling", welcher von NPD und Pegida-Anhänger*innen bis zur bürgerlichen Mitte der CDU/CSU als Klassifizierung der Fluchtursache verwendet wird, ist Hohn für den systematischen Rassismus, den Sinti und Roma dort erfahren. In Frankreich oder der Schweiz wird diese ethnische Minderheit beispielsweise der Asylstatus anerkannt, da sie durch allgegenwärtige Diskriminierungen zur Flucht gezwungen werden. Die Regierungen in Kosovo und den EU-Beitrittskandidaten Albanien und Mazedonien sind nicht in der Lage oder willens deren Rechte zu garantieren.

Ein besonderer Fall stellt noch dazu der Kosovo da, indem seit der Unabhängigkeit 2008 die EU einer korrupten Elite, nicht zuletzt rechtsextremer/islamistischer Geisteshaltung, den Machterhalt garantiert. Die junge Bevölkerung sieht sich mit Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit konfrontiert, welche sie zur Flucht zwingt. Das seit dem Serbien-Krieg und dem im Schatten dessen stattfindenden Genozid gebeutelte Land hängt am Tropf ineffizienter EU-Mittel, welche in mafiösen Strukturen versickern.

In Afrika sind die Fluchtursachen sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite politische Verfolgung und Menschenrechtsverstöße in diktatorischen Regimen wie Eritrea. In anderen Ländern, darunter Somalia, Guinea oder Liberia, wird den Menschen die Lebensgrundlage entzogen durch rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffe, z.B. in der Fischerei, und Überflutung der Märkte durch europäische Importe. Wiederum ist es nur den Wohlhabendsten möglich sich auf den Weg nach Europa zu machen. Der Westen bereichert sich auf Kosten dieser Menschen und wundert sich dann, wenn diese etwas von unserem Wohlstand abhaben wollen. Die europäische "Entwicklungspolitik" basiert auf der Annahme, die afrikanischen Staaten seien lediglich zu dumm und müssten doch nur nach dem Vorbild des westlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems wirtschaften, um mehr Wohlstand zu generieren. Der Profit, den der Westen aus der Ausbeutung ärmerer Länder zieht, wird dabei vollkommen ignoriert.

An den EU-Außengrenzen spielen sich derzeit wirklich absurde Szenen ab. Anstatt eine offene und fortschrittliche Europäische Union zu verkörpern, macht Brüssel die Schotten dicht und katapultiert uns zurück ins 20. Jahrhundert. Humanitäre Hilfe scheint ein Fremdwort, wenn Kriegsschiffe der Bundeswehr und anderer Armeen im Mittelmeer patrouillieren, um die europäischen Außengrenzen zu "sichern". Wir stellen uns eine gesamt-europäische Asylpolitik deutlich anders vor! Es müssen schnellstens legale Fluchtwege geschaffen werden und die sinnlosen und gewaltsamen Interventionen des Westens im Nahen Osten müssen ein Ende haben. Denn Feuer löscht man nicht mit Spiritus und um Menschen zu helfen, baut man keine Zäune.

Europäische "Partnerländer", die sich nicht an die Grundwerte der EU und an die Menschenrechte halten wollen, sollten knallhart sanktioniert werden. Man sollte sie klar auf ihre unangebrachte Asylpolitik hinweisen und nicht in ländliche bayerische Klöster zum Kaffee einladen. Das Verhalten der ungarischen Regierung um Premier Orban ist nicht zu akzeptieren und darf unter keinen Umständen weiterhin toleriert werden, selbiges gilt für die rechtspopulistischen Äußerungen der bayerischen Staatsregierung.

In diesem Jahr werden in Deutschland etwa 800.000 Geflüchtete erwartet, dies entspricht etwa 1% der Gesamtbevölkerung. In Würzburg befinden sich prozentual gesehen momentan genauso viele Geflüchtete. Beides stellt bei weitem keine Überforderung der bestehenden Strukturen dar, ein von politischer Seite sog. Notstand entspricht nicht der Realität. Vor einigen Wochen wurde in der Zellerau eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung Schweinfurt errichtet, in der ausschließlich Männer leben; überwiegend aus Syrien und Afghanistan. Die Menschen dort sind nur in einem Zelt untergebracht und die Heizung verrichtet nur notdürftig ihren Dienst. Aktuell wird das Zelt jedoch Schritt für Schritt durch einen Holzbau ersetzt. Zuständig für das Zelt in der Zellerau ist die Regierung von Unterfranken.

Anders sieht es in der Kürnachtalhalle in Lengfeld aus. Hier ist die Stadt Würzburg verantwortlich. In der eigentlichen Sporthalle sind Familien, ebenfalls überwiegend aus Syrien und Afghanistan, untergebracht. Die einzelnen Wohnparzellen sind durch Bauzäune und Folien abgetrennt. Privatsphäre, Ruhe oder Rückzug sind für die oft traumatisierten Menschen kaum möglich.

Neben verschiedenen kleinen dezentralen Unterbringungen z.B. in Grombühl und der Lindleinsmühle gibt es in Würzburg noch die Gemeinschaftsunterkunft (GU). Diese ist bereits seit Ewigkeiten hoffnungslos überfüllt und wurde mit Containern erweitert. Die bauliche Struktur lässt stark zu wünschen übrig, denn auch hier ist ein menschenwürdiger Alltag nur bedingt möglich.

Die Überbelegung der GU ist schon lange vor den steigenden Zustrom der Vertriebenen bekannt. Die zuständigen Stellen haben versäumt, den Ausbau dezentraler Strukturen rechtzeitig voranzutreiben. Eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ist für Anwohner*innen, Helfende und Geflüchtete eine reibungslosere Lösung als eine Ghettoisierung in Massenunterkünften, die eine gesellschaftliche Einbindung, Inklusion in den Alltag und Bewältigung des Erlebten nahezu unmöglich machen. Wenn Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt, mit verschiedenen Kulturen, Sprachen und Religionen ohne Rückzugsräume aufeinander treffen entstehen zwangsläufig neue Konflikte.

Eine Hochschule ist eine gesellschaftliche Institution und untrennbar mit der Gesellschaft verbunden. Eine Hochschule trägt gesellschaftliche Verantwortung. Dieser muss sich auch die Universität Würzburg endlich bewusst werden. Viele Geflüchtete haben Hochschulreife oder einen akademischen Abschluss. Ihnen muss die Anerkennung der Qualifikationen und der Zugang zur Hochschule erleichtert werden.

Das Engagement der Julius-Maximilians-Universität Würzburg fällt bisher unangemessen gering aus. Geflüchteten mit nachweisbarer Hochschulzugangsberechtigung wird ein "Schnupperstudium" angeboten. Da meist Unterlagen und Dokumente nicht mehr vorhanden sind, wird auch die Möglichkeit gestellt werden, die Qualifikationen in Gesprächen darzulegen. Ein einer gesellschaftlichen Institution würdiges Engagement sieht anders aus.

Unter Zurückhaltung finanzieller Mittel wird davon Abstand gehalten, Sprach- oder Vorbereitungskurse anzubieten. Eine reguläre Immatrikulation an einer deutschen Hochschule ist ohne das Deutsche Sprachdiplom der Kulturministerkonferenz (DSD) der Stufe 2 auf C1-Sprachniveau nicht möglich. Dieses Niveau ist höchst anspruchsvoll und ohne regelmäßigen und professionellen Unterricht nicht zu erreichen.

Der "Bewältigung der humanitären Herausforderungen in Deutschland" kommt die Universität Würzburg entgegen den Aussagen des Präsidenten Alfred Forchel in einer Pressemitteilung am 25.09.2015 nicht nach, geschweige denn, dass "man hochqualifizierte Flüchtlinge für das deutsche Universitätsystem und damit auch für den hiesigen Arbeitsmarkt gewinnen" kann.

Seit Kurzem sind auch auf dem Campus Nord Geflüchtete untergebracht. Dieser Schritt der Universität ist zu begrüßen, auch wenn die Initiative hierzu nicht von der Hochschulleitung ausging.

Wie gering die Leistungen der Universität Würzburg einzuschätzen ist, zeigt sich, wenn man dies mit dem Engagement anderer Hochschulen vergleicht: Die Universität Würzburg versucht durch Schein-Öffnung ihr Gesicht zu wahren, ist allerdings nicht bereit eine ernsthafte Hilfe anzubieten.

Dass die Bereitschaft anderer Hochschulen zu helfen bei Weitem größer ist, zeigt auch der auf der Mitgliederversammlung des DAAD am 23. Juni 2015 gefasste Beschluss zur Inklusion von Geflüchteten an deutschen Hochschulen. Darin bekannten sich die Hochschulleitungen und Studierendenschaf-

ten in Abwesenheit der Würzburger Magnifizienz einstimmig zu der Verantwortung Geflüchteten zu helfen und in ihre Hochschulen zu integrieren. Zahlreiche Hochschulen, hier seien nur beispielhaft FAU Erlangen-Nürnberg, FU Berlin, Leuphana-Universität Lüneburg und die Universität Bayreuth genannt, bieten Sprachkurse, Gaststudierendenstatus für Geflüchtete und Beratungsangeboten an. Unsere Hochschule sieht sich dazu nicht in der Lage.

Wir fordern als Maßnahmen von der Hochschulleitung:

- Geflüchtete als Gaststudierende zu zulassen und die Gebühren dafür gemäß Hochschulgebührenverordnung §3 (3) mit Verweis auf Art. 71 (2) BayHSchG wegen "besonderer Härte" zu erlassen
- Formulierung von Integration und Sensibilisierung als Ziel der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Ausbau des Kursangebots "Deutsch als Fremdsprache" und kostenfreier Zugang von Geflüchteten hierzu
- Information der Geflüchteten vor Ort mit mehrsprachigen Informationsmaterial
- Ermöglichung des Hochschulzugangs auch ohne Dokumente durch faire Auswahlgespräche
- Inklusion der Geflüchteten in den Hochschulalltag
- Ernennung von Ansprechpartner*innen für die Angelegenheiten Geflüchteter
- Prüfung von weiteren Hochschulgebäuden auf die Eignung als provisorische Unterkünfte
- Traumabehandlung für alle Studierende, in besonderer Hinsicht auf Kriegstraumata für Geflüchtete

Forderung an den Freistaat Bayern:

- Gegenfinanzierung der Maßnahmen der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Vorantreiben von Wohnbauprojekte, gerade bei Hochschulstandorten
- Sicherung des aufenthaltsrechtlichen Status für Studierende (wie auch für Auszubildende) während der Zeit des Studiums und nach dem Studium bis zur Arbeitsaufnahme (mindestens äquivalent zum normalen Aufenthaltsrecht für Studierende aus Drittstaaten)
- Schaffung von Kompetenzfeststellungszentren zur Zertifizierung von im Ausland erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten